

## Unterrichtung

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 04.01.2016

### **Landesbüro Niedersachsen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit erhalten**

**Beschluss** des Landtages vom 12.05.2015 - Drs. 17/3471

Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist weltweit ein renommierter Partner im Bereich der internationalen Zusammenarbeit, für nachhaltige Entwicklung und für internationale Bildungsarbeit.

Über die Landesbüros und insbesondere das Landesbüro in Niedersachsen steht das gesamte Leistungsspektrum der GIZ zur Verfügung. Das Landesbüro unterstützt und berät seine Partner in Niedersachsen bei ihren Internationalisierungsbestrebungen. Das GIZ Landesbüro ist daher auch und nicht zuletzt wichtiger Ansprechpartner des Landtages in allen Fragen der internationalen (Entwicklungs-)Zusammenarbeit.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. die Arbeit des Landesbüros der GIZ in Niedersachsen weiterhin zu begleiten und
2. sich gegenüber den Entscheidungsträgern bei der GIZ und beim Bund dafür einzusetzen, dass die offenbar beabsichtigte Schließung des GIZ Landesbüros Niedersachsen vermieden wird.

### **Antwort** der Landesregierung vom 28.12.2015

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH bietet weltweit Dienstleistungen der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung an. Zu den Arbeitsfeldern zählen die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, der Aufbau von staatlichen und demokratischen Strukturen, die Förderung von Frieden, Sicherheit und Wiederaufbau, die zivile Konfliktbearbeitung, die Sicherung von Ernährung, Gesundheit und Grundbildung sowie der Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz. Außerdem ist die GIZ in der internationalen Bildungsarbeit aktiv.

Die GIZ ist in nahezu allen Bundesländern durch Landesbüros vertreten. Diese gehören organisatorisch der Abteilung Nachhaltigkeitsmarkt der GIZ an. Sie wurden im Zuge der Neustrukturierung der sogenannten Vorfeldorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit als rein auftrags- und projektfinanzierte Landesbüros eingerichtet und somit der betriebswirtschaftlichen Kostendeckung verpflichtet. Bis Ende 2014 wurden den dezentralen Landesbüros zunächst „Standortgarantien“ gegeben.

Seit 2011 besteht ein GIZ-Landesbüro Niedersachsen in Hannover, das sieben Personen beschäftigt. Seither hat das Land einige Projekte mit dem GIZ-Landesbüro Niedersachsen durchgeführt. Von dem Beschluss des GIZ-Vorstands, das GIZ-Landesbüro Niedersachsen zu schließen, wurden weder die beiden niedersächsischen Kuratoriumsmitglieder der GIZ noch die Landesregierung im Vorfeld informiert.

Diese Entscheidung ist insbesondere im Europäischen Jahr für Entwicklung 2015 schwer nachvollziehbar und kommt zur Unzeit. 2015 war ein besonderes Jahr für die Entwicklung: Erstmals widmete sich ein europäisches Themenjahr den Außenbeziehungen und der Rolle Europas in der Welt.

Bund, Länder, Kommunen und Entwicklungsorganisationen in ganz Europa hatten Gelegenheit zu zeigen, wie ernst es Europa im Kampf gegen die weltweite Armut ist. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat dies zum Anlass genommen, von den Ländern ein verstärktes Engagement einzufordern, weil nur mit vereinter Kraft auf allen Ebenen - auch der Kommunen - die globalen Herausforderungen gemeistert werden können. Das Land Niedersachsen bot im Europäischen Jahr für Entwicklung eine Plattform für zahlreiche regionale Veranstaltungen und hat sich bei der Erarbeitung der „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ noch intensiver mit den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit, den Kommunen und der Zivilgesellschaft vernetzt. Insbesondere für ein Flächenland wie Niedersachsen ist hier ein weiterer starker Partner, der vor Ort verankert und ansprechbar ist, von enormer Bedeutung.

Auf Schreiben der Staatskanzlei teilte die GIZ Ende April 2015 mit, dass durch den breit in der GIZ kommunizierten Stufenplan für die Jahre 2014 bis 2017 dem Team in Hannover bereits seit einem Jahr die Konsequenzen bei Nichterfüllung von festgelegten Zielmarken bekannt waren. Sie begründet die beabsichtigte Schließung des GIZ-Landesbüros u. a. damit, dass es nicht gelungen sei, in Niedersachsen Partner für eine langfristige Perspektive zu gewinnen und nur wenige Kooperationsmaßnahmen stattfanden. Unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten erscheine der GIZ die Aufrechterhaltung des großen Büros daher weder sinnvoll noch tragbar.

Zwischenzeitlich hat die GIZ die Schließung des Landesbüros Niedersachsen zum September 2017 terminiert.

Dies vorausgeschickt wird zu den Nummern 1 bis 2 der Landtagsentschließung Folgendes ausgeführt:

Zu 1:

Bereits Anfang des Jahres 2015 hatten die Staatskanzlei und die niedersächsischen Kuratoriumsmitglieder mit Vertreterinnen und Vertretern der GIZ über die Zukunft des GIZ-Landesbüros Niedersachsen gesprochen und verabredet, gemeinsam das GIZ-Landesbüro stärker in die Präsenz zu bringen und es bei der Umsetzung von Projektideen zu unterstützen.

Für einen Überblick des Status Quo von Kooperationen mit dem GIZ-Landesbüro hat die Staatskanzlei zunächst eine Ressortumfrage durchgeführt und auch bei Partnern der Wirtschaft entsprechend angefragt. Die Ressortumfrage hat zum Ergebnis, dass das MW drei Projekte sowie der Hochschulbereich einige Projekte und andere Kooperationen mit der GIZ durchgeführt haben. Nach den Mitteilungen aus der Wirtschaft - mit Ausnahme der Industrie- und Handelskammer Hannover - ist das GIZ-Landesbüro eher unbekannt. Die Industrie- und Handelskammer Hannover lässt sich und niedersächsische Unternehmen durch einen Berater für Entwicklungszusammenarbeit, einen sogenannten EZ-Scout, der GIZ-Zentrale in Eschborn bei ihren Internationalisierungsbestrebungen unterstützen. Der Niedersächsische Industrie- und Handelskammertag hat wiederum einen EZ-Scout mit dem Nachbarland Bremen über ein Wirtschaftsprogramm des BMZ angestellt.

Des Weiteren hat die Staatskanzlei ein Gespräch mit dem Carl Duisberg Fördererkreis Niedersachsen e. V. über mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Präsenz des GIZ-Landesbüros in der Wirtschaft geführt. In der Zwischenzeit haben sich die Industrie- und Handelskammer Hannover sowie die Volkswagen AG ausdrücklich für den Erhalt des GIZ-Landesbüros ausgesprochen.

Die Landesregierung ist bestrebt, möglichst zwei Projekte mit dem GIZ-Landesbüro bei dem neu aufgelegten Bund-Länder-Programm ab 2016 beim BMZ zu platzieren sowie andere landesinterne Themen mit dem GIZ-Landesbüro umzusetzen.

Zu 2:

Nach dem Schriftwechsel zwischen Staatskanzlei und GIZ im April 2015 fanden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Regionalbüros Nord, Hamburg, und des Vorstands der GIZ statt. Dabei wurde deutlich gemacht, dass ein Flächenland wie Niedersachsen nicht durch ein Büro eines Stadtstaats mit geführt werden könne und der Landesregierung eine Zusammenarbeit vor Ort wichtig ist. Das gilt vor allem für die regionale Wirtschaft, die sich durch ein Landesbüro in Hamburg nicht ausreichend vertreten fühlt. Zudem müsse die GIZ-Präsentation verbessert und konkrete weitere Kooperationen vorbereitet werden. Diese guten Ansätze bräuchten Zeit. Hinzu kommt, dass die Landesregierung in Zeiten der von der Verfassung vorgegebenen Einhaltung der Schulden-

bremse finanziell nicht in der Lage sei, sich in größeren Dimensionen, wie manch andere Bundesländer, zu engagieren. Seitens der GIZ wurde eingeräumt, dass das niedersächsische Landesbüro noch mehr auf seine potenziellen Kundinnen und Kunden hätte zugehen können. Es wurde begrüßt, dass sich das Land Niedersachsen auf allen Ebenen konstruktiv für den Erhalt des GIZ-Landesbüros einsetzt. Bis zur geplanten Auflösung des GIZ-Landesbüros im September 2017 sei noch Zeit, gemeinsame Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

Frau Staatssekretärin Honé hat sich für den Erhalt des GIZ-Landesbüros in Hannover insbesondere anlässlich der nachstehenden Gelegenheiten eingesetzt:

- Vorbesprechung zur Europaministerkonferenz am 21.05.2015,
- Konferenz der Ministerinnen und Minister für Entwicklungszusammenarbeit am 26.11.2015.

In einem Gespräch am 26.11.2015 mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMZ, Thomas Silberhorn, kam die Schließung des Landesbüros Niedersachsen ebenfalls zur Sprache. Es wurde eine Antwort durch den Bundesminister nach interner Beteiligung von Staatssekretär Dr. Friedrich Kitschelt, zugleich Mitglied im Aufsichtsrat der GIZ, in Aussicht gestellt.